

## // Pressemitteilung

### Was für eine (ESPON) Woche!

27 November 2020

„Der Europäische Grüne Deal ist ein wirklich hervorragendes politisches Strategiedokument. Es hat jetzt China dazu angeregt, eine Verpflichtung zur Dekarbonisierung bis 2060 einzugehen. Dies ist eine europäische Errungenschaft und Europa sollte sehr stolz darauf sein.“ **Jeffrey Sachs**, Professor an der Columbia University, gratulierte der EU während der ESPON-Woche für ihre Vorreiterrolle im Bereich der Umweltpolitik.

**Elisa Ferreira**, EU-Kommissarin für Kohäsion und Reformen, bemerkte in ihrem Beitrag: „Wir müssen die wirtschaftliche Erholung grün gestalten, weil der Planet uns das jeden Tag aufs Neue erzählt. Wir müssen die Art und Weise, wie wir die vergangenen Entwicklungen angestoßen haben, neu bewerten und sollten nicht wiederholen, was in der Vergangenheit getan wurde, sondern zukunftsorientiert arbeiten“. "Wir sollten diese einzigartige Gelegenheit ergreifen und diesen Übergang so positiv und so schmerzlos wie möglich gestalten. Denn der Übergang wird sowieso stattfinden".

Die **ESPON-Woche** wurde vom 16. bis 19. November von ESPON und von der deutschen Ratspräsidentschaft organisiert. Sie umfasste zwei Live-Veranstaltungen mit dem Titel "Gerechter Übergang und Erholung für Städte und Regionen in Europa". Die ESPON-Woche zielte darauf ab, die doppelte Herausforderung anzugehen, vor der Europa steht: Zum einen die Bekämpfung der Pandemie und zum anderen die Beschleunigung eines gerechten Übergangsplans zur Unterstützung der Gebiete, die vor einem schrittweisen Ausstieg aus der Kohleindustrie stehen.

„Die Soforthilfelinstrumente werden nicht gestoppt. Sie werden bis 2023 durch eine besondere Mittelausstattung von 47,5 Milliarden, die als Next Generation EU bezeichnet wird, weitergeführt – dies sind zusätzliche Finanzmittel, die zur mehrjährigen Programmierung hinzukommen“ - fügte **Elisa Ferreira** hinzu.

Im Namen des Europäischen Ausschusses der Regionen unterstrich **Emil Boc**, Bürgermeister von Cluj-Napoca, die Bedeutung der Regionen und Städte: „Mit dem Gerechten Übergangsfonds (JTF) stellt unsere Union den Regionen, deren Wirtschaft von kohlenstoffhaltigen und stark verschmutzenden Aktivitäten abhängt, ein spezielles Instrument zur Verfügung. Diese Regionen werden direkte Nutznießer sein. Ihr Übergang kann auch ein treibendes Beispiel für andere Regionen sein. Wir können kein klimaneutrales Europa ohne klimaneutrale Städte und Regionen haben“.

Ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments **Jerzy Buzek** lenkte den Blick auf die Notwendigkeit, lokale Pläne für einen gerechten Übergang vorzubereiten: „Es reicht nicht aus, Programme aus dem JTF auf der Ebene der Mitgliedstaaten vorzubereiten. Es braucht vielmehr auch territoriale Programme auf Ebene der Regionen, an denen dortige Verwaltungen, Forscher genauso wie Unternehmen und Bürger beteiligt werden. Denn sie sollten das Gefühl haben, dass dies ein Programm ist, das ihnen hilft, die schwierigen Zeiten zu überstehen“.

„Der Umfang [der Transformation] ist recht überschaubar, allerdings ist er von Staat zu Staat sehr unterschiedlich. Polen ist am stärksten betroffen: etwa hunderttausend der bedrohten Arbeitsplätze - vielleicht die Hälfte aller Arbeitsplätze - befinden sich in Polen“, sagte **Jeffrey Sachs**.

„Die Kohleförderung - sei es im polnischen Oberschlesien, in Deutschland oder anderswo - ist seit langem ein Pfeiler der regionalen Identität und oft der größte Arbeitgeber in diesen Regionen. Deshalb müssen wir den vom Ausstieg aus der Kohleförderung betroffenen Regionen in allen europäischen Mitgliedstaaten besondere Unterstützung anbieten. Der Gedanke eines gerechten Übergangs ist ein verbindlicher Bestandteil der Klimaschutzmaßnahmen in Europa und steht im Einklang mit dem Ziel der EU, den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt unter besonderer Berücksichtigung der vom industriellen Wandel betroffenen Regionen zu stärken“ - ergänzte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, **Volkmar Vogel**.

„Der Innovationsgehalt in der grünen Energiebranche ist auch für kleine und mittlere Unternehmen sehr vielversprechend. Aber es könnte noch 15 bis 20 Jahre dauern, bis wir 30.000 bis 40.000 Arbeitsplätze in der Kohleförderung und Kohleverbrennung durch eine grüne dekarbonisierte Industrie ersetzt haben“, betonte der Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, **Markus Kerber**.

"Eine Abhängigkeit durch eine andere zu ersetzen, wäre nicht sehr weitsichtig. Wir brauchen also Geduld und Kapital sowie ein gewisses Einfühlungsvermögen für die sozioökonomischen und geographischen Gegebenheiten“, fügte **Markus Kerber** abschließend hinzu.

**Wiktor Szydarowski**, Direktor von ESPON, fasste die Ergebnisse der **ESPON-Woche** wie folgt zusammen: „Gerechter Übergang und wirtschaftliche Erholung sind Herausforderungen, vor denen Europa steht. Wir müssen sie angehen und sicherstellen, dass keine Region oder Stadt zurückbleibt. Ich bin zuversichtlich, dass diese beiden Ereignisse – Übergang und wirtschaftliche Erholung - neue Beweise für die europäische Debatte über den grünen und digitalen Übergang geliefert haben, unterstützt auch durch unser neu veröffentlichtes Strategiedokument über den Strukturwandel für die vom Kohleausstieg betroffenen Regionen“.

„Das Programm ESPON unterstützt das Konzept des digitalen Wandels und des Wandels im Bereich Energie. Dafür liefern wir territoriale Hinweise zur Gestaltung von politischen Antworten, wie unsere Volkswirtschaften und Gesellschaften grüner und digitaler gemacht werden können“, sagte **Wiktor Szydarowski**.

Die Veranstaltungen können auf unserem YouTube-Kanal unter folgenden Links abgerufen werden:

[ESPONtalk Is energy decarbonization compatible with just economic transition for regions and cities?](#)

[“ESPONWeek debate: Can Just Transition bring recovery for regions and cities?”](#)



### Hinweis an die Redaktion

**ESPON** ist das Europäische Raubeobachtungsnetzwerk das wissenschaftliche Analyse und Beratung für territoriale und sektorale Politiken in einer Reihe von Zusammenhängen bereitstellt, einschließlich in den Bereichen Wirtschaft und Finanzen, Arbeitslosigkeit, ausländische Direktinvestitionen, Kreislaufwirtschaft und kohlenstoffarme Wirtschaft, Gesundheitswesen, Migration usw.

**ESPON** unterstützt die Diskussionen über die Zukunft der EU-Politiken, insbesondere der Kohäsionspolitik, sowie die anstehende Vorbereitung der nächsten Generation von Strategien und Programmen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene. **ESPON** wird aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung kofinanziert. Mehr unter: [www.ESPON.eu](http://www.ESPON.eu)

Das **ESPON** 2020 Programm ist ein gesamteuropäisches Programm, das vom luxemburgischen Ministerium für nachhaltige Entwicklung und Infrastruktur im Auftrag aller EU-Mitgliedstaaten, Island Lichtenstein, Norwegen und der Schweiz verwaltet und im Rahmen von Interreg aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung kofinanziert wird.

**Für weitere Informationen, Zitate oder Bilder, kontaktieren Sie bitte Nikos Lampropoulos von der ESPON EVTZ unter [nikos.lampropoulos@ESPON.eu](mailto:nikos.lampropoulos@ESPON.eu) oder telefonisch +352 20 600 280 26 oder +32485203321 (mob) und Dr. Daniel Meltzian, +49 30 18681 -14161, [Daniel.Meltzian@bmi.bund.de](mailto:Daniel.Meltzian@bmi.bund.de)**